

**Breisgau-Hochschwarzwald:
Ländliche Modellregion mit Zukunft**

DU ENTSCHEIDEST

Programm zur Kreistagswahl 2004



KV Breisgau-Hochschwarzwald

Inhalt

1	Den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Modellregion machen	3
2	Nachhaltiges Wirtschaften im ländlichen Raum	4
2.1	Energie- und Umweltpolitik weiter entwickeln	4
2.2	Stärkung des ländlichen Raums	4
2.3	Gentechnikfreie Landwirtschaft als Markenzeichen der Region	5
2.4	Für eine umweltgerechte Mobilität	5
3	Leben im ländlichen Raum	7
3.1	Kinderbetreuung beginnt vor dem Eintritt in den Kindergarten	7
3.2	Unterstützung der offenen Jugendarbeit	7
3.3	Schulsozialarbeit an allen kreiseigenen Schulen	7
3.4	Beratungs- und Betreuungsangebote sichern und ausbauen	8
3.5	Lebensqualität im Alter	8
3.6	Sozialhilfe und Hilfe zur Arbeit neu gestalten	8
3.7	Integration der ausländischen MitbürgerInnen	9
4	Bildung im ländlichen Raum	10
4.1	Die Schule der Zukunft ist im Landkreis die Ganztagschule	10
4.2	Projekte zu Umwelt- und Klimaschutz	10
4.3	Jugendmusikschulen und Volkshochschulen	10
4.4	Kreismedienzentren	11
4.5	Sportbad im Hochschwarzwald erhalten	11
5	Demokratie im ländlichen Raum	12

Impressum

Breisgau-Hochschwarzwald: Ländliche Modellregion mit Zukunft Programm zur Kreistagswahl 2004

Bündnis 90/Die Grünen
KV Breisgau-Hochschwarzwald
Haslacher Str. 61
79115 Freiburg

Tel. (0761) 7 67 92 05
Fax (0761) 7 11 59
kv.breisgau-hochschwarzwald@gruene.de

V.i.S.d.P.: Till Westermayer, Habsburger Str. 82, 79014 Freiburg

April 2004

<http://www.gruene.de/breisgau-hochschwarzwald>

1 Den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Modellregion machen

Bündnis 90/Die Grünen stehen von Beginn an für eine Politik, die Ökologie und Ökonomie verbindet, dezentrale soziale Strukturen erhalten und ausbauen will und den ländlichen vielfältigen Charakter unseres Landkreises durch gezielte politische Maßnahmen unterstützt. In den ländlichen Gebieten Baden-Württembergs findet in den letzten Jahren ein deutlicher Strukturwandel statt. Höfe werden aufgegeben, kleine Betriebe schließen, weil die Nachfolge nicht geklärt ist, oder die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu groß werden. Der Einzelhandel stirbt auf dem Land in breiter Fläche zugunsten von Großansiedlungen auf der grünen Wiese.

Gleichzeitig wächst – unterstützt auch durch die Bundespolitik – das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass wir mit den natürlichen Rohstoffen sorgsamer umgehen müssen, unser tägliches Leben deutlicher als bisher in Verbindung mit guter Ernährung, Bewegung und in Verantwortung mit der Umwelt gestalten. Der Ausbau eines sanften Tourismus, der Urlaub in naturnaher Umgebung verknüpft mit attraktiven Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs und guten, gesunden Nahrungsmitteln aus der Region – bestmöglichst aus biologischem Anbau –, bietet für unseren Landkreis die Chance, eine Modellregion für eine neue Qualität von Leben und Erholen zu werden. Die Anfänge dazu sind bereits gemacht, wir wollen in den nächsten Jahren die unterschiedlichen Ansätze zu einem Konzept zusammen führen und insgesamt ausbauen.

Unsere Region ist über die Landesgrenzen hinweg bekannt für den hohen Anteil der Stromerzeugung aus regenerativer Energiegewinnung. Wir wollen diesen Anteil weiter ausbauen. Der Mix aus Stromgewinnung durch Biomasse, Sonne, Wind und Wasser steht für uns dabei im Einklang mit der Förderung ökologischer Landwirtschaft als einem wichtigen ausbaufähigen Wirtschaftszweig, der Förderung eines naturnahen, sanften Tourismus und dem Ausbau regionaler Wirtschaftsbetriebe, die in der Region ihren Markt und Absatz finden. Die Unterstützung regenerativer Energiegewinnung durch die Bundesregierung schafft den notwendigen Rahmen, um entsprechende wirtschaftliche Impulse zu setzen. Und auch in der Verkehrspolitik der Region wird in den letzten Jahren besonders aufgrund

unseres Engagements verstärkt auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gesetzt.

Demokratie braucht Vielfalt. Die absolute Mehrheit der CDU im Kreistag hat sich in den letzten Jahren als Klotz am Bein für die politische Gestaltung erwiesen. Politische Entscheidungen wurden ohne lebendige Debatte über den richtigen Weg gefällt. Gerade in Zeiten knapper Kassen, wenn es für die Kreispolitik besonderer Anstrengungen bedarf, um handlungsfähig zu bleiben, ist dies schädlich. Durch die Konzentration von Bürgermeister*innen im Kreistag war die Kreispolitik der letzten Legislaturperiode auf eine Entlastung der Gemeinden durch Kürzung sozialer Angebote und bei der Bildung im Landkreis hin ausgerichtet.

Wir stehen dagegen für eine Politik im Landkreis, die allen Bewohner*innen verpflichtet ist, und die im Sinne der Chancengleichheit für die gesamte Kreisbevölkerung den Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden sucht. Mit uns wird es keine Abstriche bei den Angeboten im Schul- und Bildungsbereich geben. Gute Bildung ist das Kapital unserer Kinder und Jugendlichen um die eigene Zukunft zu gestalten. Für den Landkreis ist es eine lohnende Investition in die Zukunft. Soziale Sicherung, Hilfe zur Selbsthilfe und eine Struktur von Beratungsangeboten, die den Menschen im Landkreis frühzeitig Unterstützung und Hilfe ermöglichen, bleiben für die Kreistagsfraktion Grundlage einer verantwortlichen Sozialpolitik. Der Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes als Möglichkeit für erwerbslose Menschen, wieder eine Arbeitsstelle zu bekommen, und die Begleitung und Förderung von Jugendlichen beim Einstieg ins Berufsleben bleiben für uns wichtige Anliegen, die wir weiterhin unterstützen und ausbauen wollen.

Wir Grüne stehen dafür, dass Kreispolitik auch in Krisenzeiten gestaltunfähig bleiben muss. Mit unserem Konzept einer Modellregion Breisgau-Hochschwarzwald bieten wir einen Rahmen, der nachhaltiges Wirtschaften im ländlichen Raum, Bildungs- und Sozialpolitik für alle Bewohner*innen des Landkreises verbindet. Um dieses Konzept umsetzen zu können, muss der Kreistag politisch wieder handlungsfähig werden – und darüber entscheiden auch Sie am 13. Juni.

2 Nachhaltiges Wirtschaften im ländlichen Raum

2.1 Energie- und Umweltpolitik weiter entwickeln

Umwelt- und Energiepolitik ist das Herzstück grüner Politik. Umweltpolitik ist längst kein gesellschaftliches Randthema mehr, das nur in Zeiten gefüllter Kassen Bestand hat. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen verantwortlich umgehen müssen, vor allem, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern. Der Landkreis ist mit unserer Unterstützung in den letzten Jahren ein deutliches Stück auf dem Weg zu mehr Umweltschutz, zu mehr Energiesparen und auch zu mehr Energiegewinnung durch regenerative Energiequellen voran gekommen. Der Neubau aller Kreisbauten ist anhand aktueller Niedrigenergiestandards vollzogen worden. Auf einigen Schuldächern gibt es bereits Solaranlagen, die Nachrüstung mit energiesparenden Maßnahmen an bestehenden Gebäuden schreitet voran. Dennoch bleibt viel zu tun.

So wollen wir in den nächsten Jahren den Beitritt des Landkreises zum bundesweiten Klimaschutzbündnis der Städte und Gemeinden erreichen. Damit wird der Klimaschutzpolitik im Landkreis Nachdruck verliehen, Klimaschutzmaßnahmen werden unterstützt und mit einem entsprechenden Konzept versehen. Dazu gehört auch eine umfassende Bestandsaufnahme der Energiebilanz bei kreiseigenen Gebäuden, die in einem entsprechenden Konzept zukunftsweisender Energiespartechnik münden muss. Wir wollen, dass die kreiseigenen Gebäude umweltfreundlichen Ökostrom beziehen.

Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie auch hier im Landkreis verstärkt umsetzen: Der Landkreis soll atomenergiefreie Zone werden. Das Atomkraftwerk Fessenheim muss dringend abgeschaltet werden. Gerade in jüngster Zeit häufen sich dort wieder bedrohliche Störfälle. An Stelle der Atomenergie wollen wir – das ist auch ein zentrales Projekt der Bundesregierung – auf den Ausbau regenerativer Energie setzen. Dies soll durch praktische Maßnahmen auch im Landkreis unterstützt und umgesetzt werden. Nur so können wir es schaffen, die Gefahren der Atomenergie zu vermeiden und zugleich etwas für den Klimaschutz zu tun. Wir stehen deswegen für

die Unterstützung von Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse, aber auch für einen geordneten Ausbau von Windenergie im Landkreis, auch in Hochschwarzwaldlagen. Dies muss im Einklang mit Landschafts- und Naturschutz geschehen.

Der letzte Sommer hat gezeigt, dass auch in unserem Landkreis die Schonung der Ressourcen Boden, Luft und Wasser immer zwingender werden. Nitrat im Trinkwasser und sinkende Wasserpegel sind alarmierende Zeichen, die wir ernst nehmen müssen. Um eine bestmögliche Wasserqualität unserer Flüsse und Seen zu sichern, ist Gewässerschutz für uns wichtig. Hier müssen verstärkt neue Wege gegangen werden, wie etwa die dezentrale Abwasserbehandlung (z.B. durch Pflanzenkläranlagen) in entlegeneren Außenbereichslagen.

2.2 Stärkung des ländlichen Raums

Unser Landkreis zählt mit seinen typischen Landschaften Hochschwarzwald, Markgräflerland und Kaiserstuhl zu den vielfältigsten und schönsten Landschaften Deutschlands. Es ist Ziel grüner Politik, diese Schönheit und Vielfalt zu erhalten und auszubauen.

Die landwirtschaftliche Vielfalt ist stark durch traditionelle Landwirtschaftsformen und Kultivierungsmaßnahmen geprägt. Der zunehmende Strukturwandel im ländlichen Raum mit der Betriebsaufgabe vor allem kleiner Betriebe gefährdet dieses Landschaftsbild und die damit zusammenhängenden beruflichen Existenzen, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Tourismus. Wir Grüne sehen hier einen dringenden Handlungsbedarf, der über finanzielle Hilfen für bestimmte Maßnahmen hinausgehen muss.

Wir wollen unsere Erholungslandschaft, das typische Mosaik aus Wald, Wiese und Weinbau, erhalten und stärken, indem wir neue Chancen für die Landwirtschaft entwickeln.

Der Land- und Bauernhof Tourismus entwickelt sich immer mehr zu einem eigenen wichtigen Wirtschaftszweig vor allem für die Bäuerinnen. In unserem Konzept einer Modellregion Breisgau-Hochschwarzwald wird der naturnahe Tourismus zu einem regionalen Markenzeichen.

Die Vermarktung und Erzeugung regionaler Produkte soll gefördert werden. Dies kann unter anderem durch den Gebrauch regionaler Produkte in kreiseigenen Einrichtungen, also vor allem in den Schulen, geschehen: am besten nach Bio-Standards. Wir wollen die Erzeugung ökologischer Produkte gezielt unterstützen. Die biologische, rückstandsarme Erzeugung von Wein und Lebensmitteln ist auch dank der neuen Politik der grünen Agrarministerin in Berlin längst zu einem anerkannten Wertmaßstab für die Qualität von Produkten geworden, die immer mehr nachgefragt werden.

Tourismusförderung bedeutet auch die Bereitstellung von Infrastruktur für verschiedene Freizeitaktivitäten. Vor allem im Winter ist der Hochschwarzwald attraktives Schnee- und damit Skigebiet. Naturnaher, sanfter Tourismus muss die Belange des Naturschutzes wahren und kann Baumaßnahmen nur im Einklang mit dem Schutz der Landschaft umsetzen. Die geplante Kabinenbahn am Feldberg (Herzogenhorn) lehnen wir darum entschieden ab.

Die Förderung und finanzielle Unterstützung regenerativer Energiegewinnung ist für Schwarzwaldbauern von großer Bedeutung: Biomasseanlagen machen Landwirte zu eigenen Energielieferanten, Windkraftanlagen schaffen eine zusätzliche Einkommensquelle. Eine naturnahe Waldbewirtschaftung ergänzt im Zusammenspiel mit der Landschaftspflege das Konzept der nachhaltigen zukunftssichernden Landwirtschaft.

Zum ländlichen Raum zählt auch das Netzwerk kleiner und mittlerer Unternehmen, Handwerksbetriebe und Geschäfte, das hier Arbeit und Beschäftigung sichert. Wir setzen uns für die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Erhalt dieser kleinteiligen Wirtschaftsstruktur ein. Gleichzeitig sehen wir in der Ansiedlung ortsungebundener neuer Dienstleistungsbetriebe Chancen für den ländlichen Raum.

2.3 Gentechnikfreie Landwirtschaft als Markenzeichen der Region

Unsere Region als Markenzeichen für naturnahen Tourismus und für die Förderung der Vermarktung regionaler Produkte ist unvereinbar mit dem

Anbau gentechnisch veränderter Kulturen. Nur wenn es gelingt, großflächig Gentechnik aus der Landwirtschaft fernzuhalten, kann das Recht der Bevölkerung auf gentechnikfreie Lebensmittel gewährleistet werden. Wir setzen uns verstärkt und gemeinsam mit VerbraucherInnen, LandwirtInnen und Verbänden für eine Vernetzung der Aktivitäten zur Schaffung einer zusammenhängenden gentechnikfreien Region ein, in der nur gentechnikfreie Saaten angepflanzt werden.

2.4 Für eine umweltgerechte Mobilität

Wir stehen für die Entwicklung einer Verkehrspolitik, die sowohl dem Klimaschutz verpflichtet ist als auch das Bedürfnis nach wachsender Mobilität berücksichtigt. Die Entwicklung der Regiokarte und die Einrichtung des Verkehrsverbundes in der Region sind Konsequenzen aus der Erkenntnis, dass nur ein umweltgerechter Verkehrsausbau zu verantworten ist, wenn unser Klima erhalten bleiben und die Lebensqualität der hier lebenden Menschen erhöht werden soll. Diese Erkenntnis hat sich innerhalb des Kreistages auch in anderen Fraktionen durchgesetzt. Darauf sind wir stolz.

Der öffentliche Personennahverkehr muss für die BürgerInnen insgesamt bezahlbar bleiben und so gestaltet werden, dass er eine echte Alternative zum Individualverkehr darstellt. Wir brauchen eine gute Vernetzung der „Verkehre“ im Landkreis und eine deutlich bessere Anbindung bisher benachteiligter Gemeinden. Alle Orte im Landkreis brauchen ein attraktives Angebot für ihre Bevölkerung, damit diese nicht auf das Auto angewiesen ist, um mobil zu sein.

Nur mit dem viergleisigen Ausbau der Rheintalstrecke wird es möglich sein, den stark zunehmenden Personen- und Güterverkehr in der Oberrheinebene vermehrt auf die Schiene zu verlagern und dadurch die Umwelt weniger zu belasten. Wenn die Straßen allein den Verkehrszuwachs aufnehmen müssten, dann wäre die Belastung für die Region ungleich größer. Der Ausbau des dritten und vierten Gleises ist Voraussetzung, um das Projekt einer Regio-S-Bahn von Freiburg nach Basel und eine S-Bahn-Verbindung nach Mulhouse zu verwirklichen. Die Erfahrungen mit den Regio-S-Bahnen im Norden und Westen des Landkreises sind sehr gut. Wirk-

samer Lärmschutz entlang der gesamten Strecke ist Voraussetzung für die Akzeptanz der neuen Gleise. Neben lokalen Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Siedlungen bringen Maßnahmen an den Zügen und den Gleisen wirksame Verbesserungen für den gesamten Streckenbereich. Wir werden uns für ein nationales Programm zur Umrüstung von Zugwagen einsetzen.

Die Forderung nach einem Tunnelbau in der Rheinebene außerhalb geschlossener Ortschaften ist unverhältnismäßig und nicht zu finanzieren. Sie gefährdet die Realisierung des Gesamtprojekts und damit letztlich die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene. Daher wird sie von uns nicht unterstützt.

Das Radfahren gewinnt in unserem Landkreis immer mehr an Bedeutung. Viele Berufstätige nutzen dieses Verkehrsmittel, auch als alltäglichen Ausgleich für berufliche Belastungen. Wir wollen das Radwegeprogramm des Landkreises weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Vielfach ist dies nur durch den Ausbau durchgängig eigener Radwege möglich.

Die Entwicklung und Pflege des Tourismus in unserem Landkreis ist längst ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Wir wollen die Entwicklung eines Tourismus unterstützen, der im

Einklang mit den Naturgegebenheiten unseres Landkreises steht. Radtourismus verbreitet sich. Der Landkreis muss sich mit einem entsprechendem Serviceangebot dieser neuen Tourismusgruppe annehmen. Dazu gehört die Möglichkeit der kostenlosen Mitnahme von Fahrrädern in den Nahverkehrszügen und Bussen und eine flächendeckende gut sichtbare Beschilderung der Fahrradrouten.

Die Einführung des Semestertickets, das eine Solidarfinanzierung zur Grundlage hat, war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weiterführend ist für uns, gerade auch im Sinne einer Gleichbehandlung von SchülerInnen und StudentInnen, die Einführung eines Schüler-tickets. Wir möchten dafür innerhalb unseres Verkehrsverbundes eine einheitliche tarifliche Regelung erreichen.

Knappe Kreiskassen erfordern politische Debatten und die Entwicklung von Prioritäten. In der Verkehrspolitik liegt für uns der Schwerpunkt im Erhalt und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in den weiter investiert werden muss. Schon aus Gründen der Verkehrssicherheit darf allerdings auch auf die Pflege und den Erhalt der Kreisstraßen nicht verzichtet werden; auch dies ist Verantwortung des Landkreises. Einen Neubau von Kreisstraßen lehnen wir ab.

3 Leben im ländlichen Raum

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist geprägt durch kleine und mittlere Ortschaften und viele dörfliche Zusammenhänge. Auf der anderen Seite steht die Anbindung an die Stadt Freiburg als Oberzentrum mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten. Leben auf dem Land bedeutet heute nicht mehr, dass Kinderbetreuung von Großmüttern und -vätern übernommen werden kann. Der Strukturwandel des ländlichen Raums schafft neue Bedingungen. Konkret zu nennen sind der Zuzug und die Entwicklung von Klein- und Einelternfamilien. Damit wächst der Bedarf an einer sozialen Infrastruktur, die ein Leben mit Kindern bei gleichzeitiger Berufstätigkeit unterstützt. Erreicht haben wir eine Verbesserung der Lebensbedingungen für werdende Mütter im Sozialhilfebezug: Pauschale Geldmittel für Bedarf in der Schwangerschaft und nach der Geburt der Kinder. Das wird weiterhin unser Thema sein.

Nach wie vor ist Gleichstellungspolitik vor allem Frauenpolitik. Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen immer noch in erster Linie Frauen. Wir haben in den letzten Jahren unterstützt durch die Frauenbeauftragte des Landkreises in der Landkreisverwaltung flexible Arbeitszeitmodelle ermöglicht, die auch für Väter die Chance beinhaltet, zeitweise oder flexibel erwerbstätig zu sein. Die Gleichstellungsarbeit im Landkreis bedarf professioneller Unterstützung. Wir wollen die von einer Mehrheit des letzten Kreistages abgeschaffte Stelle der Frauenbeauftragten wieder einrichten.

3.1 Kinderbetreuung beginnt vor dem Eintritt in den Kindergarten

In verschiedenen Gemeinden des Landkreises gibt es bereits altersgemischte Einrichtungen für Kinder bis zehn Jahre. Kinderhäuser entstehen, in denen Kinder auch mittags versorgt werden. Mit der Bedarfsplanung der Betreuung in den Gemeinden hat der Landkreis die Möglichkeit, für ein altersübergreifendes, bedarfsgerechtes Angebot in den Gemeinden zu sorgen. Diese Möglichkeit wollen wir insbesondere dadurch nutzen, dass gemeindeübergreifende Einrichtungen unterstützt werden, die ein flexibles ganztägiges Angebot für alle Altersgruppen bereithalten.

Das Modellprojekt der Landesregierung zur Einrichtung und Vernetzung von Tageselterninitiativen, die eine bedarfsgerechte und flexible Betreuung gerade in ländlicher Struktur durch eine finanzielle Beteiligung des Landkreises ermöglichen, möchten wir auch im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald umsetzen.

3.2 Unterstützung der offenen Jugendarbeit

Jugendliche brauchen Räume, um sich zu treffen und ihre eigene Form der Freizeitgestaltung zu entwickeln. Wir haben uns im Kreistag engagiert und erfolgreich für die Stärkung der Kreisjugendpflege eingesetzt. Die Jugendlichen haben damit AnsprechpartnerInnen und Unterstützung bei der Umsetzung eigener Projekte. Engagierte Ehrenamtliche in den Gemeinden bekommen durch den Kreisjugendplan professionelle Hilfe. Diese Politik wollen wir in den nächsten fünf Jahren fortsetzen und durch eine Weiterentwicklung des Kreisjugendplans vertiefen.

3.3 Schulsozialarbeit an allen kreiseigenen Schulen

Immer mehr Jugendliche verlassen zur Zeit die Schule ohne Schulabschluss. Entsprechend schwierig ist ihre Ausgangssituation, wenn sie einen Beruf erlernen wollen. Gerade in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit sind diese Einschränkungen eine hohe Hürde bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Die Schulsozialarbeit an den gewerblichen Schulen im Landkreis unterstützt durch gezielte Hilfen Jugendliche bei ihrem Schulabschluss und bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz. Dieses Angebot wollen wir auch und gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und wirtschaftlicher Probleme erhalten und ausbauen.

Das achtjährige Gymnasium wird alle Gymnasien in Baden-Württemberg zu Ganztageschulen machen. Auch hier wollen wir mit SchulsozialarbeiterInnen eine qualifizierte Betreuung in den Freizeiten und am Rande des Unterrichts ermöglichen

3.4 Beratungs- und Betreuungsangebote sichern und ausbauen

Der Landkreis unterstützt bisher „freiwillig“ eine Reihe von Beratungseinrichtungen. Diese Beteiligungen stehen in Zeiten knapper Kassen auf dem Prüfstand. Wir sind dafür, die bestehenden Beratungsangebote weiter zu unterstützen, denn oftmals sind sie schnelle und wirksame Hilfe in besonderen Lebenssituationen. Vor allem Menschen mit Handicaps brauchen Unterstützung in der Bewältigung ihres Alltags. Die Vernetzung von Beratungs- und Betreuungsangeboten im Landkreis und in Freiburg bleibt auch für die nächste Legislaturperiode ein zentrales Projekt grüner Sozialpolitik.

3.5 Lebensqualität im Alter

Alt zu werden ist für viele Menschen mit dem Gefühl verbunden, überflüssig zu werden und auf Hilfe angewiesen zu sein. Wir sehen ältere Menschen in der Mitte der Gesellschaft. Älter zu werden, RentnerIn zu sein, heißt in den meisten Fällen durchaus, fit den dritten Lebensabschnitt zu gestalten. Oftmals könnten Kompetenzen, Lebenserfahrung und Wissen aus dem bisherigen Leben weitergegeben werden. Wir wollen verstärkt Konzepte mit freien Trägern entwickeln, die den Wissensaustausch zwischen den Generationen fördern: „Alt hilft jung“ kann dabei genauso funktionieren wie umgekehrt. Kinderbetreuung, Einkaufsdienste oder eine handwerkliche Austauschbörse sind weitere Projekte, die an vielen Orten bereits erfolgreich funktionieren.

Älterwerden heißt auch, an Beweglichkeit einzubüßen, krank zu werden und auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Wir haben in der letzten Legislaturperiode an Konzepten mitgearbeitet, die es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung selbstbestimmt leben zu können. Vor allem bei der Betreuung demenzkranker Menschen und der qualifizierten Unterstützung der pflegenden Angehörigen hat der Landkreis mit unserer Unterstützung ein fachgerechtes Programm entwickelt, das gut angenommen wird. Wir treten für den Ausbau weiterer entlastender Angebote für demenzkranke Menschen und ihre Angehörige ein.

Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst auch im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald stetig. Gerade der Zuzug älterer Menschen ist in manchen Gebieten deutlich zu beobachten. Dabei unterstützen wir Initiativen, die zukunftsweisende Wohngemeinschaften für Senioren einrichten wollen. Das Konzept der Wohngemeinschaften bekommt vor allem bei der Begleitung und Betreuung demenzkranker Menschen eine zunehmende Bedeutung.

Klare Priorität hat für uns in diesem Zusammenhang die Wiedereinführung eines flächendeckenden und von privaten Trägern unabhängigen Beratungssystems. Dessen Aufgabe ist es, sowohl im Einzelfall beratend und unterstützend tätig zu werden als auch generell zur Qualitätssicherung in der Altenhilfe beizutragen und auf den weiteren Bedarf aufmerksam zu machen.

3.6 Sozialhilfe und Hilfe zur Arbeit neu gestalten

Arbeitslosigkeit wird auch in den nächsten Jahren ein brennendes Problem bleiben. Mit der von der Bundesregierung angestrebten Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird sowohl die Vermittlungsarbeit als auch die Verantwortlichkeit für die damit verbundenen Kosten neu verteilt. Für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald bedeutet dies eine verstärkte Verantwortung für arbeitssuchende Menschen und deren Vermittlung.

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und unterstützen deswegen den Ausbau von Beschäftigungsprojekten. Diese Projekte brauchen Planungssicherheit durch eine mittelfristige Zusage des Landkreises und der Arbeitsverwaltung, um zukunftsgerecht arbeiten zu können. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Möglichkeit ein, dass Menschen ohne Arbeitsplatz über den zweiten Arbeitsmarkt einen Einstieg ins Berufsleben bekommen. Wir setzen uns im Austausch mit der Bundespolitik verstärkt für den Erhalt der Verantwortung des Landkreises für die aktive Arbeitsmarktpolitik ein.

3.7 Integration der ausländischen MitbürgerInnen

Die gesetzlichen Regelungen sehen die Unterbringung von AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen in sogenannten Sammelunterkünften vor. Dort treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichem kulturellen und ethnischen Hintergrund aufeinander. Die Sammelunterkünfte im Landkreis sind in sehr schlechtem baulichen Zustand, die räumliche Enge oftmals inhuman. Die vorgeschriebene Wohn- und Schlaflfläche von mindestens 4,5 m² pro Person wird oftmals nicht eingehalten. Das Fehlen von Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten verbunden mit dem Angewiesensein auf sanitäre Gemeinschaftseinrichtungen und Gemeinschaftsküchen verstärkt die psychischen Ausnahmesituationen, in denen Menschen nach Deutschland geflüchtet sind. Die direkten Folgen sind Erkrankungen und hohe Gesundheitskosten. Flüchtlinge sind verpflichtet, in der Sammelunterkunft zu wohnen, solange ihr Asylverfahren läuft – das kann Jahre dauern. Erwerbstätigkeit ist nicht gestattet. Ausnahme genehmigungen hierzu sind erst nach einer Sperrfrist von einem Jahr und nur unter ganz besonderen Voraussetzungen möglich.

Wir wollen erreichen, dass die gesetzlichen Spielräume zum Wohle der ausländischen MitbürgerInnen ausgeschöpft werden. Das bezieht sich etwa auf den Einsatz für die Verbesserung der jeweiligen Wohnsituationen, verbunden mit einer großzügigeren Belegung. Angesichts der sinkenden Zahlen von AsylbewerberInnen auch im Landkreis ist eine enge Belegung nicht zu recht-

fertigen. Vor allem Familien und alleinstehende Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, in kleine Wohneinheiten zu ziehen.

Flüchtlinge und AussiedlerInnen, die hier – auch für einen begrenzten Zeitraum – leben, brauchen Unterstützung zur Integration und eine Perspektive für die Zukunft. Dazu gehören Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe und Deutschunterricht für Schulkinder sowie die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen oder zu studieren. Flüchtlinge müssen die Chance erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Auch wenn Flüchtlinge nach Jahren in ihr Ursprungsland zurückgeführt werden, können diese hier erlernten Fähigkeiten zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen.

Die ehrenamtlichen HelferInnenkreise leisten wichtige integrative Arbeit, die wir unterstützen. Das bedeutet auch, dass die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen als fachkompetente Stimmen bei der Begleitung und Betreuung der Flüchtlinge einbezogen werden.

Die Versorgung mit Lebensmittelgutscheinen entmündigt die betroffenen Menschen. Sie können nur in ausgewählten Geschäften zweimal in der Woche unter behördlicher Aufsicht einkaufen. Statt dessen wollen wir die Bargeldzahlung wieder einführen, die im übrigen auch kostengünstiger ist. Flüchtlinge dürfen den Landkreis, in den sie zugewiesen werden, nicht verlassen. Besuche bei Verwandten und Freunden außerhalb des Landkreises sind deshalb kaum möglich. Wir wollen uns für eine erheblich großzügigere und gebührenfreie Erteilung von Besuchserlaubnissen im Landkreis einsetzen und politisch auf eine Aufhebung der Mobilitätsbeschränkung hinwirken.

4 Bildung im ländlichen Raum

Eine gute Bildung – sowohl als Grundbildung wie auch in der Aus- und Weiterbildung – wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger. Es wird selbstverständlicher werden, lebenslang dazu zu lernen. Dafür brauchen wir in unserem Flächenlandkreis vielfältige Angebote, die von allen KreisbewohnerInnen, jungen oder alten Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung genutzt werden können – aus persönlichem Interesse oder zur beruflichen Weiterbildung. Bildung ist für uns kein Privileg einer Elite, sondern bedeutet das Recht aller auf Förderung und Entwicklung der jeweiligen individuellen Fähigkeiten. Dabei ist uns das Erreichen eines Hauptschulabschlusses und der Zugang zu einer Berufsausbildung genauso wichtig wie die Förderung spezieller Begabungen.

Wir Grüne stehen für die Vielfalt der Angebote. Freie Träger, unterschiedliche Bildungskonzepte wie Montessori- und Waldorfschulen sind wesentlicher und gleichberechtigter Bestandteil eines umfassenden Schulangebots.

Schulen werden immer mehr zentraler Lebensraum der SchülerInnen. Wir unterstützen Konzepte, die Schulen zu offenen Häusern des lebendigen Lehrens und Lernens weiterentwickeln bei denen die Begegnungen und soziale Kontakte in die Gesellschaft ermöglicht und gefördert werden. Musik- und Kunstschulen, Sportvereine und Naturschutzverbände, Träger der außerschulischen Jugendbildung, HandwerkerInnen, KünstlerInnen, Landfrauen, Studierende, Eltern und SeniorInnen können in diesen Prozess einer Öffnung der Schule zur Gesellschaft eingebunden werden. Bei gemeinsamen Projekten im sozialen oder ökologischen Bereich werden soziales Lernen und verantwortliches Handeln eingeübt. Kreativität wird durch gemeinsame Projektideen gefördert.

4.1 Die Schule der Zukunft ist im Landkreis die Ganztagschule

Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums wird es an fast allen Gymnasien im Landkreis täglich Nachmittagsunterricht geben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kreisgymnasien pädagogische Konzepte erstellen, um langfristig zu offenen Ganztagschulen zu werden.

SchülerInnen und Eltern müssen an der Entwicklung dieser Konzepte beteiligt werden. Für Ganztagschulen stehen nicht unerhebliche Mittel aus dem 4-Milliarden-Innovationsprogramm der rot-grünen Bundesregierung bereit. Die Gymnasien Staufen und Neuenburg werden schon in naher Zukunft davon profitieren. Wir unterstützen darüber hinaus die Bemühungen, auch an den anderen Schularten eine Ganztagsbetreuung der SchülerInnen einzuführen.

Mit Ganztagschulen eröffnet sich die Chance, neben Lerninhalten auch wesentliche Werte des täglichen Lebens zu vermitteln. Die Versorgung mit vollwertigem Essen ist zum Beispiel eine Möglichkeit, die Vermarktung regionaler Produkte und Kenntnisse über vielfältige Nahrungszubereitungen in den Schulalltag zu integrieren und damit Freude und Interesse an einer bewussten und gesunden Ernährung zu wecken.

4.2 Projekte zu Umwelt- und Klimaschutz

Wir unterstützen Projekte und Maßnahmen an den Kreisschulen, die zu spürbarer Energieeinsparung führen, die Anwendung regenerativer Energien vermitteln und den SchülerInnen den verantwortlichen Umgang mit Umwelt und Klima bewusst machen. In einer nachhaltigen Modellregion tragen alle kreiseigenen Schulen den Umweltkurs mit. Einige der konkreten Beispiele, die anderswo bereits praktiziert werden, sind Ökoaudits und selbst gebaute Solarkraftwerke an Schulen.

4.3 Jugendmusikschulen und Volkshochschulen

Jugendmusikschulen und Volkshochschulen sind unverzichtbarer Bestandteil eines Bildungsangebots im Landkreis. Volkshochschulen und Jugendmusikschulen sind gebietsweise zusammengeschlossen und werden vor allem durch die jeweiligen Kommunen finanziert. Der Landkreis gibt Zuschüsse dazu. In diesem Haushaltsjahr wurden Kürzungen vorgenommen, die den Bestand dieser Einrichtungen gefährden. Nun sollen allein die Kommunen den Umfang und Bestand dieser Bildungsangebote entscheiden. Finanzstarke Gemeinden werden sich engagieren, andere nicht. Entsprechend uneinheitlich wird die

Chance der Bevölkerung, Angebote wahrzunehmen. Wir wollen der gesamten Kreisbevölkerung die Möglichkeit geben, Angebote der Volkshochschulen und auch der Jugendmusikschulen in Anspruch zu nehmen. Dazu muss sich auch der Kreis hier wieder engagieren. Bildung ist auch für die Zukunft die grundlegende Voraussetzung, um den Anforderungen nach Flexibilität und Kreativität im Berufsleben zu begegnen

4.4 Kreismedienzentren

Wir halten die Schließung der Außenstellen der Kreismedienzentren Müllheim und Titisee-Neustadt nach wie vor nicht für gerechtfertigt und bedauern den Mehrheitsbeschluss des Kreistages. Wir schätzen die gute vielfältige Arbeit dieser Außenstellen, die weit mehr als das Ausleihen von Filmen umfasst. SchülerInnen und LehrerInnen werden hier fit gemacht im Umgang und dem selbstständigen Einsatz der neuen Medien (z.B. für Präsentationen eigener Arbeiten). Die vom Land Baden-Württemberg gestartete „Medienoffensive Schule“ wurde hier umgesetzt, die Vernetzung mit anderen Bildungseinrichtungen wie den Volkshochschulen und die Verbin-

dung zu den örtlichen Tourismusbetrieben funktionierte. Wir werden alles in unseren Möglichkeiten stehende tun, um die beiden Außenstellen zu erhalten. Der Landkreis ist als Schulträger für die Bereitstellung der für den Unterricht notwendigen Infrastruktur verantwortlich.

4.5 Sportbad im Hochschwarzwald erhalten

Das stark sanierungsbedürftige Kreishallenbad Titisee-Neustadt wurde geschlossen – nicht zuletzt, weil sich die Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinden nicht auf eine gemeinsame Lösung zum Erhalt des Bades einigen konnten. Wir unterstützen Bemühungen um einen Ersatz für das fehlende Sportbad, sei es in der Form eines „Bürgerbades“ oder als Projekt mehrerer Gemeinden, damit es für Unterricht und Freizeit von Einheimischen und TouristInnen genutzt werden kann. Dafür wird eine angemessene Mitfinanzierung durch den Landkreis von uns mitgetragen. Eine finanzielle Beteiligung des Landkreises an dem gigantischen Privatprojekt „Schwarzwaldtherme“ lehnen wir ab.

5 Demokratie im ländlichen Raum

Im Kreistag werden Entscheidungen getroffen, die für das Leben der Menschen im Landkreis wesentlich sind. Die Grünen im Kreistag stehen für die Stärkung demokratischer Strukturen und für transparente Entscheidungen. Transparenz und Demokratie sind für uns die wesentlichen Maßstäbe, an denen sich die Politik und die Verwaltung messen lassen muss.

Die geplante Verwaltungsreform erfüllt diese Kriterien nicht. Im Gegenteil: Mit der Verwirklichung dieser Pläne geht das Land Baden-Württemberg zurück zu obrigkeitsstaatlichen Strukturen. Die Landräte werden in ihrer Zuständigkeit und Machtausübung deutlich gestärkt, das Haushaltsrecht des Kreistages wird durch die Übernahme staatlicher Behörden und den schrumpfenden finanziellen Ausgleich hierfür ausgehöhlt. Damit wird letztlich die Gestaltungsfähigkeit des Kreistages zurückgefahren. Wir setzen uns im Land, aber auch im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald für mehr Demokratie ein.

Derzeit sind die politischen Strukturen im Landkreis alles andere als klar. Die hohe Zahl von Bürgermeistern im Kreistag verwischt die politischen Ebenen und verhindert unabhängige Entscheidungen des Kreistags. Die Landkreisverwaltung mit dem Landrat an der Spitze kontrolliert die Gemeinden, der Kreistag wiederum ist das Kontrollorgan für die Landkreispolitik. Letztlich heißt das: die Bürgermeister im Kreistag wählen den Landrat, der sie kontrollieren soll. Für uns lässt diese Situation nur einen Schluss zu: keine Bürgermeister in den Kreistag!

Wir stehen im Landkreis und im Land für die Direktwahl der Landräte. Damit wäre der Landrat oder die Landrätin in erster Linie der Landkreisbevölkerung Rechenschaft schuldig. Wir setzen uns darum gemeinsam mit der grünen Landtagsfraktion für eine Veränderung der Landkreisordnung ein: Wir wollen gerade als Reaktion auf die Verwaltungsreform die Mitbestimmungsrechte und die Kontrollfunktion des Kreistags stärken. Entscheidungen hinter verschlossenen Türen verhindern Transparenz und stehen BürgerInnenbeteiligung entgegen. Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine lebendige Gesellschaft von Beginn an – und die braucht mehr Beteiligung. So sind BürgerInnenbegehren bisher nur in den Gemeinden möglich, aber nicht auf Landkreisebene. Wir wollen in der Landkreisordnung die Möglichkeit dazu auch im Landkreis schaffen.

Nicht zuletzt müssen der Landkreis und seine Verwaltung bürgerInnenfreundlicher werden. Während die Landkreisverwaltung intern reformiert wird, macht diese Verwaltungsstrukturreform vor den Bürgerinnen und Bürgern halt. Gerade in einem Flächenlandkreis setzen wir hier auch auf Neue Medien: ein gut gepflegter, übersichtlicher und umfassender Internetauftritt des Landkreises kann dazu beitragen, über aktuelle Geschehnisse im Landkreis und im Kreistag zu informieren – und damit eine wichtige Grundlage für politische Beteiligung darstellen – als auch Behördengänge ersetzen und die elektronische Abwicklung vieler behördlicher Vorgänge ermöglichen. Auch darin wollen wir Breisgau-Hochschwarzwald zu einer Modellregion entwickeln.